

**Pressemitteilung der Bürgerbewegung-Haarzopf**  
**([www.die-BBH.de](http://www.die-BBH.de)) vom 08.April 2010**



**Stadtverwaltung verzögert den dringenden notwendigen Beginn des Neubaus der Grundschule an der Raadter Straße; Landtag beschäftigt sich jetzt mit der Verzögerungstaktik der Verwaltung**

Am 27.01.2010 hat der Rat der Stadt als Standort für die neue Haarzopfer Gemeinschaftsgrundschule das derzeitige Schulgrundstück an der Raadter Straße festgelegt! Dieser Beschluss ist eindeutig und unmissverständlich. Er spiegelt den Bürgerwillen der großen Mehrheit der Haarzopfer Bürgerschaft wieder.

Dennoch ignorieren einzelne Entscheidungsträger in der Stadtverwaltung diesen Ratsbeschluss vom 27.01.2010 und versuchen scheinbar immer noch eigene Ideen zu verfolgen.

Schon längst hätte die Stadtverwaltung die Ausschreibung im Rahmen eines Architektenwettbewerbs veranlassen müssen. Der Leiter der Immobilienwirtschaft (Hr. Penkwitt) und auch der Geschäftsbereichsvorstand (Beigeordnete Fr. S. Raskob) verzögern jedoch unverantwortlich den dringend notwendigen Neubau und hoffen scheinbar immer noch auf einen Verkauf des Schulgrundstücks und die Versiegelung der Flächen mit weiterer Wohnbebauung.

Deshalb trafen sich am 27.03.10 Vertreter der BBH mit der Landtagsabgeordneten Britta Altenkamp (SPD). Frau Altenkamp beeindruckte die BBH Vertreter mit detaillierter Sachkenntnis zum Thema Haarzopfer Gemeinschaftsgrundschule.

Jetzt beschäftigt sich sogar der Landtag mit der Verzögerungstaktik der Essener Verwaltung: Frau Altenkamp verlangt im Rahmen einer kleinen Anfrage im Landtag Auskunft zu der Tatsache, dass *„der dringend erforderliche Aus- bzw. Neubau einer Gemeinschaftsgrundschule ... durch Verwaltungshandeln immer wieder verzögert wird“*.

In den kommenden Wochen wird die BBH direkte Gespräche mit der Verwaltung führen, damit die Verwaltung jetzt endlich mit der Realisierung des vor 3 Monaten in einem Ratsbeschluss festgelegten Schulneubaus an der Raadter Straße beginnt.

Die BBH will klarstellen, dass die Politik (als Vertretung der Bürger) im Rat den Schulstandort festgelegt hat. Die Stadtverwaltung muss diesen Beschluss umsetzen. Es ist nicht Aufgabe der Stadtverwaltung eigene Pläne gegen den Ratsbeschluss durchzusetzen oder immer noch alternative Standorte zu prüfen. Die Politik hat entschieden und die Verwaltung muss ausführen!